



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
1. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 27.03.2014
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:10 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Thomas Blaschke
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Silvester Runde
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna

Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Alexandra Möller
Herr Adrian Mork

FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch

fraktionslos
Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein
Frau Ursula Lungenhausen
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann
Frau Julia Freundl
Herr Christian Frieling
Herr Hermann Hupe
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier

Entschuldigt fehlten
Herr Cetin Bahcekapili
Herr Werner Bucek
Herr Heinrich Kissing
Frau Bettina Werning

Der **Bürgermeister**, Herr Hupe, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Ehrenordnung der Stadt Kamen	029/2014
3	12. Änderung der Hauptsatzung	032/2014
4	Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat der Stadt Kamen zu wählenden Mitglieder	031/2014
5	Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen	042/2014
6	Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Gesellschafterversammlung der Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG -Lokaler Rundfunk-	034/2014
7	Unmittelbare Beteiligung der Trianel GmbH an dem Verein „Zukunft ERDGAS e.V.“ hier: Ausräumung des Gremienvorbehaltes seitens der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen als Gesellschafter der Trianel GmbH	041/2014
8	Neuregelung zu Ermächtigungsübertragungen	036/2014
9	Baumaßnahme Bahnhofsumfeld - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Genehmigung einer außerplanmäßigen investiven Mehrausgabe in Höhe von 100.000 € im Produkt 51.01.01	119/2013
10	Straßenbaumaßnahme „Hammer Straße“ zwischen Kreisverkehrsanlage Derner Straße/Ostenallee/Hammer Straße und Ostring hier: Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe in Höhe von 300.000 € im Produkt 54.01.01	039/2014
11	Europaaktive Kommune	037/2014
12	Handlungskonzept Wohnen Kamen hier: Beschluss des "Handlungskonzeptes Wohnen Kamen" Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2013 Antrag der CDU-Fraktion vom 17.03.2014	038/2014
13	Bildung von Fachausschüssen Finanzielle Auswirkungen hier: Bericht der Verwaltung	
14	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Anwohnerfragen vor.

Zu TOP 2.
029/2014

Ehrenordnung der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte aktualisierte Fassung der Ehrenordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
032/2014

12. Änderung der Hauptsatzung

Beschluss:

Die 12. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kamen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
031/2014

Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat der Stadt Kamen zu wählenden Mitglieder

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Satzung:

Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat der Stadt Kamen zu wählenden Mitglieder

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
042/2014

Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Die SPD-Fraktion begrüße die Einigung der Kamener Einzelhändler zu den verkaufsoffenen Sonntagen in 2014, so Frau **Dyduch**. Sie äußerte sich kritisch zu der Stellungnahme von der Gewerkschaft ver.di. Es sei in dem Zusammenhang wichtiger, den Kamener Einzelhändlern mit ihrem Antrag zu den verkaufsoffenen Sonntagen entgegenzukommen.

Herr **Grosch** nahm Bezug auf seine Ausführungen im Wirtschaftsausschuss vom 11.03.2014. Er müsse die Beschlussvorlage ablehnen, da nicht alle beteiligten Institutionen zugestimmt hätten. Besonders mahnte er an, dass die Händler am Kamener Karree nicht unmittelbar am Kamener Frühlings- und Hansemarkt teilnehmen würden.

Der **Bürgermeister** merkte an, dass es keine Abschnittsbildung mehr gäbe und die Regelung somit für das gesamte Stadtgebiet gelte.

Herr **Ebbinghaus** schloss sich den Ausführungen von Frau Dyduch an. Die CDU-Fraktion begrüße die Beschlussvorlage.

Frau **Schaumann** teilte mit, dass die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Sie unterstütze den Antrag der Kamener Einzelhändler.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“, gleichzeitig tritt die „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“ vom 12.03.2013 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: mit einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 6.
034/2014

Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Gesellschafterversammlung der Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG -Lokaler Rundfunk-

Beschluss:

Der Rat wählt für die verbleibende Wahlperiode des Rates als Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

stellvertretendes Mitglied:

Christian Frieling

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
041/2014

Unmittelbare Beteiligung der Trianel GmbH an dem Verein „Zukunft ERDGAS e.V.“

hier: Ausräumung des Gremienvorbehaltes seitens der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen als Gesellschafter der Trianel GmbH

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates der GSW vom 18.03.2014 an und stimmt zu, dass die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der GSW beschließen:

Der Entscheidung der Geschäftsführung der GSW als Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Trianel GmbH, mit erklärtem Vorbehalt der notwendigen Gremienbeschlüsse der GSW – an der nachfolgenden einstimmigen Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der Trianel GmbH vom 13.12.2013 mitzuwirken, wird zugestimmt.

Auszug aus der Beschlussvorlage der Gesellschafterversammlung der Trianel GmbH vom 13.12.2013:

„Die Gesellschafterversammlung stimmt der unmittelbaren Beteiligung der Trianel GmbH an dem eingetragenen Verein „Zukunft ERDGAS e.V.“ als Mitglied zu.

Die Gesellschafterversammlung erteilt die Zustimmung zur Beantragung der Mitgliedschaft und/oder zum Abschluss und/oder Eintritt in sämtliche(r) Verträge, die im Rahmen der vorstehenden Mitgliedschaft in dem Verein „Zukunft ERDGAS e.V.“ erforderlich sind oder werden.

Etwaige Gremienvorbehalte seitens der Gesellschafter zu diesem Beschluss müssen bis zum 31. Mai 2014 ausgeräumt werden.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
036/2014

Neuregelung zu Ermächtigungsübertragungen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen stimmt zu, dass sich die Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen aus der **alten** Fassung des § 22 Abs. 1 und 2 GemHVO ergeben und damit die bisherige Verwaltungspraxis unverändert bestehen bleibt.

Hiernach

1. sind Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen übertragbar und bleiben bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar. Werden sie übertragen, erhöhen sie die entsprechenden Positionen im Haushaltsplan des folgenden Jahres (§ 22 Abs. 1 Satz 1 GemHVO a.F.).
2. bleiben Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Vermögensgegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr verfügbar (§ 22 Abs. 2 GemHVO a.F.).

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
119/2013

Baumaßnahme Bahnhofsumfeld - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

hier: Genehmigung einer außerplanmäßigen investiven Mehrausgabe in Höhe von 100.000 € im Produkt 51.01.01

Herr **Hasler** nahm Bezug auf die Begründung der Dringlichkeitsentscheidung und zeigte sich irritiert, dass die Kosten für die Baumaßnahme nicht eher bekannt gewesen seien, da Aufträge nur erteilt werden dürfen, wenn die Deckung gewährleistet sei.

Beschluss:

Die nachfolgende gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Im Produkt 51.01.01 – Räumliche Planung und Entwicklung – werden für die Maßnahme 0379, „Bahnhofsumfeld“ außerplanmäßig 100.000 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.
039/2014

Straßenbaumaßnahme „Hammer Straße“ zwischen Kreisverkehrsanlage Derner Straße/Ostenallee/Hammer Straße und Ostring
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe in Höhe von 300.000 € im Produkt 54.01.01

Herr **Brüggemann** teilte ergänzend zu der Beschlussvorlage mit, dass eine Prüfung zur behindertengerechten Anlage der Bushaltespuren stattfinden werde.

Beschluss:

Im Produkt 54.01.01 – Bau von Verkehrsflächen – wird für die Maßnahme Nr. 540 „Hammer Straße (zwischen Ostenallee und Ostring)“ im Haushaltsjahr 2014 ein Betrag in Höhe von 300.000 € überplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.
037/2014

Europaaktive Kommune

Herr **Wiedemann** begrüßte die Beschlussvorlage. Die Stadt Kamen sei mit ihren 7 Partnerschaftsstädten prädestiniert für diese Auszeichnung.

Auch Herr **Hasler** sprach sich im Namen der CDU-Fraktion für die Beschlussvorlage aus. Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Verwaltung die Vorlage schon im Partnerschaftsausschuss am 03.02.2014 zur Beratung eingebracht hätte.

Der **Bürgermeister** merkte an, dass am 03.02.2014 noch keine näheren Informationen vorlagen und somit es leider zu keiner Vorberatung kommen können.

Frau **Schaumann** unterstütze die Beschlussvorlage, äußerte aber Bedenken gegen eine weitere Arbeitsverdichtung innerhalb der Verwaltung.

Der **Bürgermeister** entgegnete, dass dies nicht eintreten werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beauftragt die Verwaltung mit der Einreichung einer Bewerbung um die Auszeichnung „Europaaktive Kommune“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 12.
038/2014

Handlungskonzept Wohnen Kamen
hier: Beschluss des "Handlungskonzeptes Wohnen Kamen"
Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2013
Antrag der CDU-Fraktion vom 17.03.2014

Herr **Lipinski** hielt das Handlungskonzept Wohnen mit seinen Analysen, Basisdaten und Informationen für eine geeignete Grundlage zur zukünftigen Flächennutzungs- und Bebauungsplanung. Die SPD-Fraktion habe sich ausführlich mit dem Gutachten befasst und gebe selbst noch zusätzliche Anregungen, die bei Beschlussvorlagen und weiteren Planungsprozessen berücksichtigt werden sollten. Diese seien in folgende 3 Themengebiete unterteilt:

1. Die Innenentwicklung
Die SPD-Fraktion sehe hier Möglichkeiten der Nutzungsumwidmung zur Bebauung von Flächen mit dem Ziel, zeitgemäße und nachfrageorientierte Wohnformen mit guter infrastruktureller Anbindung vorzusehen. Darüber hinaus sollten zentrumsnahe Single-Wohnprojekte, insbesondere für Senioren, entwickelt werden.
2. Wohnumweltverbesserung
Dazu gehörten der Erhalt und die Weiterentwicklung der Wohnquartiere im Sinne einer barrierefreien Umgebung. Die Erreichbarkeit durch den Öffentlichen Nahverkehr, das Telekommunikationsangebot und die Internetverbindung seien von entscheidender Bedeutung.
3. Öffentlichkeitsarbeit
Wegen der vielfältigen, gleichgerichteten Interessen solle ein Informationsnetzwerk für Hausbesitzer, potenzielle Immobilienkäufer und Wohnungsbaugesellschaften aufgebaut werden.

Die SPD-Fraktion verstehe die Positionen und Ergänzungen als Beitrag zu der prozesshaften Gestaltung der zukünftigen Entwicklungen in diesem Bereich und sie werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Frau **Scharrenbach** erläuterte, dass das Handlungskonzept Wohnen eine Fülle von städtebaulichen Empfehlungen vorsehe, die ihrer Meinung nach rechtlich fragwürdig seien. Die CDU-Fraktion fordere, ein Baulückenkataster für die Stadt Kamen zu erstellen. Weiter solle die Verwaltung in Bezug auf den „Stresstest Einfamilienhausbestand“ eine Aktivierungsstrategie für die Quartiere entwickeln. Besonders wichtig sei der CDU-Fraktion, in Bezug auf die Großwohnsiedlung „Karl-Arnold-Straße/Blumenstraße“, die Vorbereitungen für eine förmliche Festlegung als Sanierungsgebiet im Sinne des Baugesetzbuches zu treffen. Sie erläuterte die im Gutachten aufgezeigten Missstände in der Großwohnsiedlung. Sie fordere, eine Sanierungssatzung für dieses Wohngebiet zu entwickeln. Ihr sei aber auch bewusst, dass dies ein langwieriger Prozess werden könne.

Frau **Schaumann** teilte mit, dass die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage zum Handlungskonzept Wohnen zustimmen werde. Da der SPD-Antrag inhaltlich mit der Vorlage übereinstimme, werde sie auch dem SPD-Antrag zustimmen. Den CDU-Antrag werde sie ablehnen, insbesondere aufgrund des Punktes 6. Sie halte die Ausweisung eines Sanierungsgebietes für nicht geeignet. Darüber hinaus habe sie beim Baulückenkataster daten-

schutzrechtliche Bedenken.

Herr **Kühnapfel** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gern das Handlungskonzept beschließen würde. Er sehe keine rechtlichen Probleme. Das Konzept sei gut; viele kritische Punkte würden angesprochen und können als Handlungsrichtlinien dienen. Er merkte aber an, dass trotz des Handlungskonzeptes die kommunalen Möglichkeiten eingeschränkt seien.

Frau **Dyduch** führte aus, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag über einen langen Prozess entwickelt habe. Das Handlungskonzept Wohnen solle eine konzeptionelle Grundlage darstellen. Die SPD-Fraktion habe bewusst vorab keine einzelnen Quartiere herausgehoben, da das Konzept im Ganzen zu sehen sei und nicht begrenzen und beschränken dürfe.

Frau **Scharrenbach** hielt es für sinnvoll mit einzelnen Quartieren das Projekt zu starten. Sie fragte, welchen Zeitablauf sich die Verwaltung gesetzt hätte und welche Prioritäten gesetzt worden seien.

Herr **Liedtke** antwortete, es gäbe keinen konkreten Zeitablauf für das Handlungskonzept. Es sei eine dauerhafte Entscheidungs- und Arbeitshilfe für die Verwaltung und den Rat.

Herr **Grosch** erklärte, er werde der Beschlussvorlage zustimmen. Den CDU-Antrag, insbesondere Punkt 6, sehe er recht positiv. Der neue Rat solle schnell die Maßnahmen des Konzeptes annehmen.

Herr **Lipinski** teilte die Auffassung der Verwaltung. Das Konzept solle eine Grundlage für den Rat, die Parteien und für die Verwaltung sein, an der dauerhaft weiter gearbeitet werden müsse.

Der **Bürgermeister** stellte zunächst die Anträge der CDU und der SPD und danach die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Antrag der CDU-Fraktion vom 17.03.2014

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Kamen nimmt das „Handlungskonzept Wohnen Kamen“ zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Kamen bekennt sich zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und orientiert sich bei seinem Handeln an dem für Nordrhein-Westfalen herunter gebrochenem 5-Hektar-Ziel in Bezug auf den Flächenverbrauch.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Baulückenkataster für die Stadt Kamen zu erstellen, welches laufend fortgeschrieben wird. In diesem Zusammenhang sind auch die Wohnbaupotentiale im Hinterland zu identifizieren (Hinterlandbebauung). Ziel ist es, einen Überblick über die entwickelbaren Wohnflächen in der Stadt Kamen zu erhalten. Der fachlich zuständige Ausschuss des Rates ist bei der Erstellung zu beteiligen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die derzeit im gültigen Flächennutzungsplan für die Stadt Kamen ausgewiesenen Wohnbauflächenpotentiale auf ihre Realisierungsmöglichkeiten hin zu überprüfen. Ziel ist es, zu einer Neubewertung der Wohnbauflächenpotentiale zu kommen, um diese auf Basis des „Handlungskonzeptes Wohnen Kamen“ zukunftsgerichtet aufzustellen. Dies schließt die Möglichkeiten ein, derzeit im Flächennutzungsplan ausgewiesene Wohnbauflächen aufzugeben, zu verändern oder im Rahmen eines neu aufzustellenden Flächennutzungsplanes neue Wohnbauflächen auszuweisen. Dem Rat der Stadt Kamen ist das Ergebnis der Überprüfung vorzulegen, um ggf. weitere Beschlüsse vorzubereiten.

5. Die Verwaltung wird in Bezug auf den „Stresstest Einfamilienhausbestand“ damit beauftragt, eine Aktivierungsstrategie für die benannten Quartiere zu entwickeln.

6. Die Verwaltung wird in Bezug auf die Großwohnsiedlung „Karl-Arnold-Straße/Blumenstraße“ beauftragt, die Vorbereitungen für eine förmliche Festlegung als Sanierungsgebiet im Sinne des Baugesetzbuches zu treffen. Vor dem Hintergrund des sich derzeit auf Landesebene in Beratung befindlichen Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften ergeben sich Potentiale in Bezug auf die Gründung einer wohnungsbezogenen Immobilien- und Standortgemeinschaft in Zusammenarbeit mit den Immobilieneigentümern in diesem Quartier. Der Rat der Stadt Kamen verfolgt mit der förmlichen Festlegung als Sanierungsgebiet das Ziel, dieses Wohnquartier mittel- bis langfristig für Kamen aufzuwerten.

Abstimmungsergebnis: bei 31 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt das „Handlungskonzept Wohnen Kamen“ nach den Regelungen des Baugesetzbuch als konzeptionelle Grundlage für die zukünftige Flächennutzungs- und Bebauungsplanung. Die in der Begründung beigefügten Anregungen und formulierten Positionen sollen dabei berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt das „Handlungskonzept Wohnen Kamen“ nach den Regelungen des Baugesetzbuchs als konzeptionelle Grundlage für die zukünftige Flächennutzungs- und Bebauungsplanung. Damit wird das „Handlungskonzept Wohnen Kamen“ gem. § 1 (6) Nr. 11 BauGB als städtebauliche Planung, die zukünftig bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen ist, beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 13.

Bildung von Fachausschüssen
Finanzielle Auswirkungen
hier: Bericht der Verwaltung

Der **Bürgermeister** informierte, dass die Verwaltung ein Arbeitspapier erstellt hätte (*als Tischvorlage ausgehändigt*). Dieses resultiere aus dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.12.2013 resultiere. Das Arbeitspapier solle für die interne Beratung der Fraktionen bei der Bildung der Ausschüsse und deren Besetzung nach der Kommunalwahl eine Hilfestellung sein.

Zu TOP 14.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

14.1 Mitteilungen

14.1.1 Nachbesetzung der Gremien von Ronald Sostmann

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass er gem. § 113 GO NW für die Stellvertretung im Aufsichtsrat der GSW Herrn Ralf Tost, für die Stellvertretung der UKBS GmbH Herrn Dr. Uwe Liedtke und für die Stellvertretung im Rat und Gemeinden Europas Frau Ingelore Peppmeier benenne.

14.2 Anfragen

14.2.2 Presseartikel „Bäderuntersuchungen GSW“ vom 27.03.2014

Herr **Eckhardt** fragte, ob bei den technischen Untersuchungen der Bäder durch die GSW es auch zur einer möglichen Schließung kommen könne.

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass die begonnene Bäderuntersuchung der GSW nichts mit Schließungsabsichten zu tun habe. Die Bäder seien in die Jahre gekommen und daher seien die Untersuchungen erforderlich. Es bestehe die Notwendigkeit zu prüfen, welche Investitionen zum Erhalt und zur Attraktiverung dringend erforderlich seien. Er werde dem Rat der Stadt Kamen auch in Zukunft keine Vorlage vorlegen, die eine Schließung eines Kamener Bades beinhalte.

Frau **Scharrenbach** fragte Herrn Hupe, ob er bei der Beschlussfassung zum „Bäderkonzept“ involviert gewesen sei und ob das Konzept noch vor der Kommunalwahl veröffentlicht werde.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass das Gutachten von einem externen Gutachter erarbeitet werde und dieses nun abzuwarten sei. Das Konzept sei vorher im Gremium vorgestellt worden und der Auftrag beruhe auf einem einstimmigen Beschluss des Aufsichtsrates der GSW.

Auf die Frage von Herrn **Eisenhardt** nach einem konkreten Zeitablauf, antwortete der **Bürgermeister**, dass davon auszugehen sei, dass das Ergebnis der Experten in der 2. Jahreshälfte vorläge.

14.2.3 Finanzierung der 4. Gruppe der ev. Kirche zu Heeren-Werve

Frau **Scharrenbach** fragte, warum die Verwaltung dem Begehren der Kirchengemeinde nicht entsprochen habe und warum es keine Informationen zu einer weiteren Übernahme von Betriebskosten gegeben habe.

Herr **Brüggemann** informierte, dass die Antragsstellung der ev. Kirche zu Heeren-Werve nicht schlüssig sei und es noch erheblichen Klärungsbedarf gebe. Daher sei es noch nicht vorgetragen worden. Die Finanzierung sei zum 01.08.2015 beantragt worden. Ein Gespräch mit dem zuständigen Pfarrer werde es Mitte April geben.

14.2.4 Swap-Geschäfte

Herr **Kemna** fragte nach, wann der Termin beim OLG Hamm über die Verhandlung der Swap-Geschäfte sei, damit die Möglichkeit bestehe, daran teilzunehmen.

Herr **Mösgen** antwortete, dass der nächste Senatstermin am 13.08.2014 in Hamm sei. Zur momentanen Sachlage gäbe es keinen neuen Kenntnisstand.

14.2.5 Villa Stadtentwässerung

Herr **Kloß** fragte im Hinblick auf das Bahnhofsumfeld, wann eine Sanierung der Villa stattfände, da sie in einem desolaten Zustand sei.

Herr **Mösgen** teilte die Auffassung von Herrn Kloß und bestätigte entsprechende Planungsüberlegungen für eine Renovierung für die Folgejahre ab 2015.

Der **Bürgermeister** dankte den Ratsmitgliedern in der letzten Sitzung der Wahlperiode für ihr ehrenamtliches Engagement zum Wohl der Stadt und für ihre Wortbeiträge in den Sitzungen.

gez. Hermann Hupe
Bürgermeister

gez. Ingelore Peppmeier
Schriftführerin